Jahrgang 1 Nr. 13
Sonnabend, 29. März 1947

DER SPIEGEL

DEUTSCHLAND

Demokratische Kampfmittel

Panzer unnötig

Vor zwei Jahren rollten in den norddeutschen Städten Panzer durch die Straßen. Amerikanische Soldaten kamen in die Wohnungen und sagten: „Sie mussen rrraus!" Vor den Bäckerläden aber standen die Menschenschlangen nach Brot.

Am Dienstag ruhte in Wuppertal die Arbeit *). Panzer rollten durch die Straßen, Frauen standen vor den Bäckerläden nach Brot, und in Düsseldorf wurde gegen Wohnungsbeschlagnahmen protestiert.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde die Zuzugssperre für Düsseldorf um ein weiteres halbes Jahr verlängert, weil sonst kein Wohnraum für zurückkehrende Kriegsgefangene bereitgestellt werden kann

Dieser ersten Bekanntmachung folgte sehr bald eine zweite. Im Stadtteil Stockum wurde erneut Wohnraum für britische Familien beschlagnahmt. Insgesamt müssen 19 Häuser an der Amsterdamer Straße geräumt werden, so daß 218 Menschen wohnungslos werden. Weitere 250 Häuser mit insgesamt 5000 Bewohnern in Düsseldorf-Stockum sollen aber noch beschlagnahmt werden.

Auf diese Nachricht zogen etwa 1000 Stockumer unter Führung ihres Pfarrers mit Protestfahnen und -plakaten durch die Innenstadt zum Gebäude der Militärregierung. Auf offener Straße wählte man eine Interessenvertretung, die dem Housing Officer ihre Beschwerde vortrug.

Man wies besonders auf die moralische Gefährdung der Jugend hin, die ein Leben in großen Quartieren mit sich bringt. Zugleich wurde eine Denkschrift überreicht, in der um Einstellung der Beschlagnahme gebeten wurde. Begründung: Laut Erklärung von Minister Hynd können nur Wohnungen beschlagnahmt werden, wenn Ersatzraum bereitsteht (was in Düsseldorf nicht der Fall ist).

Die Abordnung wies darauf hin, daß viele seit zwei Jahren beschlagnahmte Wohnungen nur ein paar Monate bewohnt worden seien, jetzt aber leer ständen.

Der Housing Officer jedoch konnte auch nicht helfen, da die Entscheidung in London liege. Auch Düsseldorfs Oberstadtdirektor Dr. Walther Hensel sprach einige passende Worte. Immerhin wurde der Räumungsbefehl auf den 8. April verschoben, und drei Tage später wurden 12 Häuser freigegeben.

„Streik ist ein demokratisches Kampfmittel", hörte man viele Wuppertaler sagen, die nach einem wirksamen Ausdruck ihrer Verzweiflung über die schlechte Lebensmittelversorgung suchten. Die tägliche Kalorieneinbuße wird zwischen 450 und 600 Kalorien geschätzt. Auch die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß bei dieser Ernährung ein Achtstundentag unmöglich ist.

Die Wuppertaler bestürmten den Oberbürgermeister Daum. Er hatte schon einmal auf eigene Kappe eine Sonderzuteilung ausgegeben und sollte dafür vom Landesernährungsamt vor den Kadi zitiert werden. Das machte ihn ungeheuer populär.

Am heiligen Sonntag schickten die Wuppertaler eine Delegation zum Zivilgouverneur des Landes Nordrhein-Westfalen, Asbury, der allmählich schon Sprechstunden für solche Delegationen einlegen muß. Für Dienstag beschlossen dann sämtliche Betriebsräte der Stadt an der Wupper einen vierstündigen Proteststreik.

Punkt 9 Uhr legten über 80 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte die Arbeit nieder Aus jedem Betrieb zogen Protestabordnungen zum Barmer Rathaus. Von 9 bis 13 Uhr gab es in ganz Wuppertal weder Gas, noch Strom, noch Wasser. Nur die Krankenhäuser wurden versorgt. Alle Verkehrsmittel ruhten — auch die Schwebebahn, die sich trotz schwerster Bombenschäden noch immer über der schmutzig-trägen Wupper durch das enge Tal windet.

Um ½11 Uhr begann die Kundgebung vor dem Rathaus. Kopf an Kopf standen die Bürger der Heimatstadt Friedrich Engels, des Mitbegründers des wissenschaftlichen Marxismus, auf der Allee, die den Namen des berühmten Sohnes trägt.

Vor dieser Szenerie von 35 000 Demonstranten wiesen dann die Gewerkschaftssekretäre Biedorf und Bender sowie der Oberbürgermeister den Stadtkommandanten auf die drückende Not hin.

Eine Delegation nach der anderen überbrachte den Stadtvätern und Mil.-Gov. die Proteste der Bevölkerung gegen den Hunger. Das Ganze verlief in eiserner Disziplin, ohne irgendwelche erkennbaren Zwischenfälle. Es hätte dazu der durch die Straßen fahrenden Panzer nicht bedurft.

*) Der von der Essener Gewerkschaftsleitung für Freitag angesetzte vierstündige Protest-Streik war ursprünglich von der Militär-Regierung verboten worden.

Rotarmisten griffen zu

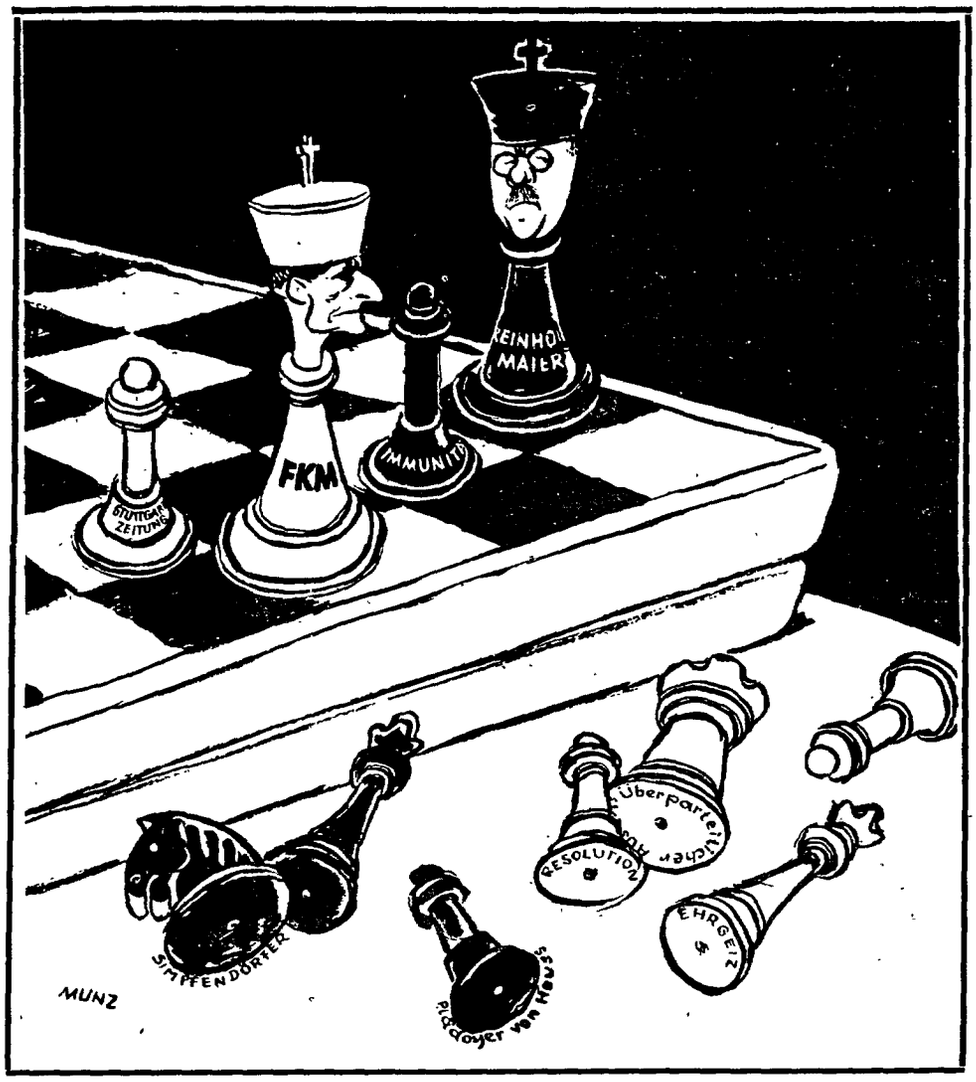
Oder im neuen Bett

An der Oder donnerten diese Woche russische Geschütze, Fliegerbomben explodierten, und Russen mit Flammenwerfern traten in Aktion. Sie hatten nur Teilerfolge. Die Eisbarrieren auf der Oder bei Küstrin konnten zunächst nicht gesprengt werden. Der Deich brach, und mit einer Geschwindigkeit von 8 Stundenkilometern wälzte sich die Flut über das Land. Innerhalb von 8 Stunden stand zwei Drittel des Oderbruchs unter Wasser. Etwa 10 000 Personen sind im südlichen Teil des Bruchs vom Hochwasser eingeschlossen

Mehr als 20 000 Menschen mußten räumen. Sowjetische und deutsche Fahrzeuge und Kähne konnten Menschen und Hausrat retten. Die brandenburgische Regierung dementierte Meldungen über Todesopfer.

Das Landratsamt Bad Freienwalde jedoch. das die Katastrophe auf die ungleichmäßigen Eissprengungen der Russen

Einige passende Worte. Dr. Hensel (ohne Hut neben dem Pfarrer) gibt eine Erklärung



Remis — aber Simpfendörfer fiel vom Brett Wespennest

zurückführt, hat allein in einer Ortschaft über 225 Tote festgestellt.

Der Oderdamm nördlich Reitwein ist fast 6 Kilometer breit aufgerissen. Die Oder hat sich ein neues 100 Meter breites Bett gesucht.

„Das ist seit 150 Jahren das verhängnisvollste Hochwasser", schrieb die Berliner „Tägliche Rundschau", „7000 ha Land sind unter Wasser gesetzt. Es werden Monate vergehen, ehe die Schadenstellen im Oderdeich abgedichtet sind und die Bevölkerung zurückkehren kann."

Lang andauernde Zwangsarbeit wurde allen angedroht, die das Notstandsgebiet unbefugt betreten.

Obwohl die Katastrophe seit Wochen vorausgesehen wurde, war nichts getan worden, um bedrohte Getreidespeicher und Zuckerläger zu räumen.

Eine Zentralflüchtlingsstelle ist in Seelow gebildet worden. Ueber tausend Hochwasserflüchtlinge sind in den letzten Tagen nach Berlin gekommen. Sie wurden in Notquartieren untergebracht.

Der Amtsschimmel scheut auch das Hochwasser nicht. Augenblicklich streiten sich der Magistrat Berlin und die Provinzialverwaltung Potsdam. Es geht um die Zuständigkeit. Berlin möchte seine Ausgaben für die Flüchtlinge zurückerstattet haben. Aber die Potsdamer Leitung ist sehr lang und wurde zudem häufig unterbrochen. Es wurde daher zunächst keine Unterstützung gezahlt.

Mit altpreußischer Gewissenhaftigkeit hatte man den Flüchtenden auf den Sammelstationen vor Berlin ihre Lebensmittelmarken abgenommen. Bauern, die mit ihren Gespannen vor dem Hochwasser flohen, wurden an den Kreisgrenzen die Zugtiere ausgespannt. Es besteht nämlich eine Verordnung, daß „Vieh nicht von einem Kreis in den anderen geführt werden darf".

Das Finanzministerium hat aber inzwischen 1 Million RM zur Verfügung gestellt und die evangelische Kirche 9000 Kilogramm aus Auslandsspenden. Es werden alle Anstrengungen gemacht, die Oder wieder in ihr Bett zu bringen.

Gegen den bösen Geist

Simpfendörfer bittet um Klärung

Kultminister Wilhelm Simpfendörfer hat um Beurlaubung gebeten. Er will die Angriffe gegen seine Person klären lassen.

Diese Angriffe sind schon seit Monaten im Gang, aber erst jetzt war es dem Haupt-Angreifer FKM *) gelungen, einen Wahlaufruf Simpfendörfers aus dem Jahre 1936 aufzuspüren. Er wurde in der „Stuttgarter Zeitung" im Faksimile veröffentlicht.

„Deutschland und sein Führer verteidigen heute mit dem Lebensrecht des deutschen Volkes die Zukunft Europas. Würden die Grundsätze der Locarno-Mächte triumphieren, so wäre damit das Schicksal Europas endgültig besiegelt. Jede Stimme für Adolf Hitler ist am 29. 3. ein Bekenntnis zu gerechter Volks- und Schicksalsgemeinschaft, zu Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands und ein Protest gegen den bösen Geist und die unmoralische Anordnung des Versailler Vertrages."

Der Aufruf stand im „Evangelischen Weg", einer christlichen deutschen Sonntagszeitung. Dies Dokument reichte, um den Kultminister zu einer Bitte um Klärung zu veranlassen. Als er in der Dienstagsitzung des Landtags tags zuvor erscheinen sollte, war er jedoch dienstlich verhindert.

Der Schullehrer aus Korntal ist zweiter Landesvorsitzender der CDU. Die Mitglieder ihres engeren Vorstandes haben ihm kürzlich ihr Vertrauen ausgesprochen. Mehrere von ihnen, z. B. der Rektor Kling und der Oberregierungsrat Bausch, sind ähnlich belastet wie Simpfendörfer. Aus den jüngeren Kreisen der CDU wächst die Opposition gegen den Landesvorstand.

Mit dem Abschuß Simpfendörfers hat FKM einen schwachen Erfolg seiner unentwegten Bemühungen zu verzeichnen. Der Haupterfolg steht noch aus: Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier sitzt noch behäbig und sicher auf seinem Sessel, gedeckt von der Unantastbarkeit seines Ansehens. Für ihn ist die Militär-Regierung, für ihn ist die durch FKM's Attacken ermüdete Bevölkerung. Die Parteien sind für ihn, mit Ausnahme vielleicht der Kommunisten. Für ihn ist der sehr angesehene Theodor Heuß, Parteifreund Maiers und Vorsitzender der „Demokratischen Partei Deutschlands", der in diesen Tagen zur Oxforder April-Tagung der Neuen Liberalen Internationale eingeladen wurde.

Für ihn ist aber auch der rosig-freundliche Entnazifizierungsminister Gottlob Kamm (SPD), der sich energisch für die Entlastung der Nur-Pg's einsetzt. Er ist in Maiers Geburtsort Schorndorf Bürgermeister und hatte in der Behandlung des ganzen Maier-Komplexes eine Wurschtigkeit an den Tag gelegt, die ihn mindestens hinsichtlich Simpfendörfers ins Unrecht setzte und die dem Rechtsanwalt FKM Gelegenheit zu spitzen Attacken gab. So wurde ein Spruchkammerverfahren gegen den Ministerpräsidenten angekündigt, obwohl Kamm den Ankläger angewiesen hatte, das Gutachten des Länderrats abzuwarten.

Maiers Fall nämlich ist von dem des Kultministers verschieden. Ihm macht man lediglich zum Vorwurf, daß er 1933, wenn auch unter Bedenken, für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat.

Das Gutachten des Länderrats ist nun da. Die Justizminister der drei süddeutschen Länder (Hoegner, Bayern, SPD; Zinn, Hessen, SPD; Beyerle, Württemberg-Baden; CDU) kommen zu dem Schluß, daß die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht unbedingt einen Tatbestand des Befreiungsgesetzes darstellt. Wer „ja" gesagt hat, weil er einen Bürgerkrieg vermeiden wollte oder um später die Demokratie wieder zu ermöglichen, der hat den „Tatbestand einer Unterstützung der Nazigewaltherrschaft nicht erfüllt".

Die Justizminister erklärten, wie schon vor ihnen FKM, den parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Württemberg-Badischen Landtags für unzulässig. Wie in Zukunft die Pg's zu behandeln seien, die sich auf das Ermächtigungsgesetz berufen, sagt das Gutachten nicht.

Die Partie Maier contra Maier hat also Aussicht, mit remis zu enden. Wenn nicht FKM diese Wendung der Dinge für eine persönliche Niederlage ansieht.

*) Franz Karl Maier, Lizenzträger der „Stuttgarter Zeitung", als öffentlicher Kläger von Entnazifizierungsminister Kamm abgesetzt.